

gift

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

zeitschrift für freies theater

*Im Machtspiel um die Scheinwelt waren und sind Positionierungen
von Feinden strategisch entscheidend, das wusste nicht erst Shakespeare.*

Gini Müller

april/mai 08

Inhalt

editorial

aktuell

- 4 Informationsveranstaltung zur KSVFG-Novelle
- 4 What's up? Das KSVFG nach der Novelle
- 7 Theaterreform Wien: Jury für Konzeptförderung

politik

- 8 Arbeit? Einkommen!
- 10 Der öffentliche Raum gehört allen
- 14 1 % für Tirol!
- 14 Mayday! Mayday!

diskurs

- 15 stück für stück: 7 Stunden und 7 Wochen vor der Premiere
- 21 Kosovarisches Gegenwartstheater
- 25 Kleines theatrum belli nach 2001
- 28 The success of the YPT service
- 32 Zusammenspiel? Theaterpädagogik und Theater

service

- 34 Intern
- 34 News
- 35 Ausschreibungen
- 37 Festivals
- 38 Veranstaltungen
- 40 Premieren

editorial

Liebe LeserInnen,

Nicht nur das Wetter, sondern auch die Kulturpolitik hat uns in den vergangenen Wochen in Wechselbäder gestürzt:

Unter Protest der Interessengemeinschaften und des Kulturrats Österreich wurde im März die Novelle zum Künstlersozialversicherungsfondsgesetz verabschiedet. Die IGFT lädt aus diesem Anlass am 14. April zu einer Informationsveranstaltung mit Othmar Stoss, dem Geschäftsführer des Fonds ein – (m)ein Vorbericht über die Neuerungen der Novelle ist in der Rubrik *Aktuelles* zu finden.

Nachdem im IG-Büro die Nachfragen bereits überboten, hat die Stadt Wien nun endlich – zumindest über die Medien – die Ausschreibung der vierjährigen Konzeptförderungen mit Deadline 15. Juni sowie die dafür zuständige Jury bekannt gegeben. Ebenso wurde die Ausschreibung der künstlerischen Leitung des Tanzquartier Wien für 2009 veröffentlicht.

Die Rubrik *Politik* beginnt mit einer Nachlese des Symposions *State of the Art*, gefolgt von einem aktuellen Interview von Irmgard Almer mit Thomas Jelinek und Peter Fuchs zum Thema Freies Plakatieren. Im Anschluss fordert Robert Renk – im übrigen neuer Bundeslandsprecher der IG – 1 % der Bundesbudgets im darstellenden Bereich für freies Theater in Tirol. Herzlich Willkommen!

Im *Diskurs* eröffnen die Choreografinnen Doris Uhlich und Gabri M. Einsiedl, moderiert von Angela Heide, unerwartete biografische und ästhetische Perspektiven auf ihr komplexes Verhältnis zu Bühnenpräsenz, Körper, Spitzentanz und Infrarotkabinen – ein schönes Gespräch!

Das Lالش Theaterlabor hat im Rahmen seiner gegenwärtigen Reihe zu interkulturellen Dialogen Gonxhe Boshtrakaj eingeladen, u.a. Theaterwissenschaftlerin und Beraterin des neuen Premiers im Kosovo in kulturellen Fragen, die für die *gift* ihre sehr persönliche Sicht auf das Theater im Kosovo formuliert. Als eine Art diskursiver Kontrapunkt schließt daran Gini Müllers Beitrag mit dem bezeichnenden Titel *Kleines theatrum belli nach 2001*, gefolgt von einem englischsprachigen Artikel von Roger Lang zum Erfolg des Projekts *Young Peoples Theater (YPT)* im United Kingdom. Der abschließende Bericht im Diskurs nimmt einen Aspekt der letzten *gift* – Kulturvermittlung – auf: Martina Strässler fasst ein Nürnberger Symposium am Rande des Kindertheaterfestivals Panoptikum zusammen. Mit der zentralen Frage der Referentin Ingrid Henschel, *wie Schlüsselqualifikationen für die Lebenswelt durch ästhetische Erfahrung zu erwerben sind*, möchten wir die Politik nicht in den April schicken, sondern künftig mehr und ernsthaft befassen.

Allen, die es betrifft, sei in den kommenden Wochen und Monaten ein visionäres Projekt- und Konzeptschreiben gewünscht. Der Aufruf zur EuroMayDay-Parade möge viele zu einem prekären Spaziergang am hoffentlich sonnigen 1. Mai ermutigen.

Last not least: Die diesjährige Generalversammlung der IG Freie Theaterarbeit findet am 3. Juni statt, Ort und Programm werden noch per Einladung bekannt gegeben. Wir freuen uns auf Ihr/euer Kommen!

Sabine Kock

Der öffentliche Raum gehört allen

Irmgard Almer (IG Kultur Wien) im Gespräch mit Peter Fuchs, Sprecher des Vereins Freies Plakat und Thomas J. Jelinek, Obmann der IG Kultur Wien zum Thema *freies Plakatieren*

Am 29. Februar stellten die Grünen Wien einen Resolutionsantrag im Wiener Gemeinderat, in dem die Stadträte Andreas Mailath-Pokorny und Rudolf Schicker aufgefordert wurden, geeignete Maßnahmen zur Schaffung ausreichender kostenloser und freier Flächen für mittlere und kleine Kulturinitiativen zu schaffen. Weiters wurde eine transparente Vergabe von Flächen für Werbeplakate, die Einberufung eines Runden Tisches zur Findung einer legalen Lösung für die Ankündigung im öffentlichen Raum sowie die Demontage bereits montierter Halbschalen gefordert. Dieser Resolutionsantrag wurde in einer sofortigen Abstimmung mit den Stimmen der SPÖ Wien und der FPÖ Wien abgelehnt.

Aktuell gibt es für ganz Wien nur 26 Plätze, das sind 150 A1 Plakatflächen, die von der Gewista gratis zur Verfügung gestellt werden. In einem Interview in „trotz allem“ auf Orange 94.0 am 20. März wurde durch die Geschäftsführung der Kultur Plakat GmbH erstmals die Möglichkeit eines runden Tisches signalisiert.

Irmgard Almer: Ende Dezember sah man im Wiener Stadtbild zahlreiche weiße Plakate auf denen vier Forderungen des Vereins Freies Plakat zu lesen waren. „Herr Bürgermeister! Geben Sie Plakatifreiheit!“, lautete eine davon. Was waren die Motive für diese Plakataktion?

Peter Fuchs: Im Prinzip war das der Start einer Informationskampagne zur Rückgewinnung des öffentlichen Raums. Wir wollten die Wienerinnen und Wiener möglichst flächendeckend darauf aufmerksam machen, dass mit 1.1.2008 eine neue Regelung in Kraft tritt, bei der es um noch viel mehr geht als um die Gründung einer neuen Werbefirma am Markt und die Änderung einer ganzen Branche; dass es um strukturelle Probleme geht, dass wir freien Plakatierer das letzte Feigenblatt im Sinne des § 48 Mediengesetz waren, und wenn diese Art der freien Ankündigung wegfällt, der öffentliche Raum quasi monopolistisch von einer Firma, nämlich der Gewista, kommerzialisiert und „privatisiert“ wird.

Mit der Forderung nach Plakatifreiheit verweist ihr auf das nach § 48 Mediengesetz garantierte Recht zur Meinungsäußerung. § 48 zufolge braucht es für das Plakatieren keine

behördliche Genehmigung, aber es kann eingeschränkt werden. Stichwort: Polizeiverordnung. Beginnt da das strukturelle Problem?

PF: Die Bundespolizeidirektion ist diejenige Behörde, die Verordnungen im Raum Wien zu erlassen hat. Und es ist klar, dass du nicht jeden Inhalt überall hinkleben kannst, z. B. rassistische Inhalte oder Inhalte zur Aufhetzung gegen irgendwelche Volksgruppen. Der § 48 Mediengesetz basiert auf dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Und die darin geregelte Plakatifreiheit kann eingeschränkt werden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und aufgrund der Stadtbildpflege. Das ist halt teilweise ein geschmacklicher, ästhetischer Ansatz. Andererseits soll nicht jeder Inhalt eine Öffentlichkeit finden, wenn die Inhalte nicht der öffentlichen Sicherheit entsprechen.

Aber es ist ein wesentlicher Punkt, dass diese Polizeiverordnung, die das Plakatieren in Wien seit 1983 regelt, alles einschränkt, was im § 48 gesetzlich erlaubt ist. Das ist verfassungsrechtlich gesehen ein Widerspruch, weil eine Norm niedrigeren Ranges eine Norm höheren Ranges aushebelt. Und das, sage ich mal vorsichtig formuliert, ist verfassungswidrig.

Warum haben die Interessengemeinschaften Anfang Dezember eine Veranstaltung zum Thema „Ende der Plakatifreiheit in Wien“ mitgetragen?

Thomas Jelinek: Ein Aspekt ist natürlich die schleichende Monopolisierung. Nach einem Schritt kann der nächste folgen. Es ist Aufgabe der Politik, dem entgegenzuwirken. Deshalb gibt es ja Antimonopolgesetze. Ein anderer Aspekt ist das demokratiepolitische Grundrecht und die demokratiepolitische Arbeitsweise, die freie Meinungsäußerung zu gewährleisten hat, weil Demokratie ohne freie Meinungsäußerung nicht funktionieren kann. Die IG Kultur Wien und die IG Freie Theaterarbeit hatten aber noch einen praktischen Aspekt anzubringen, der zu dieser Allianz geführt hat. Nachdem die freien Plakatierer vor allem Kulturveranstaltungen kommunizieren, ist es natürlich ein vitales Interesse der IGs, die diese Veranstalter vertreten, diese wichtige Ankündigungsfläche nicht zu verlieren. Die Halbschalen der Kultur Plakat GmbH sind dafür kein adäquater Ersatz.

Die Möglichkeit, Veranstaltungsinhalte in einem noch zu definierenden Rahmen frei zu plakatieren, appelliert an ein demokratisches Grundverständnis. Dass das nur in Grauzonen d. h. auch nur halblegal möglich war und ist, liegt ja vor allem an der ökonomischen Situation der kleineren und kleinen kulturveranstaltenden Organisationen, die hier angesprochen sind. In vielen Fällen hängt das auch mit Subventionshöhen zusammen. Mit der Subventionsvergabe wird auch eingefordert, dass die Veranstaltungen adäquat beworben werden und es kann ja jeder in seine Anträge die Gewista-Preise hineinschreiben. In den seltensten Fällen werden in diesem Bereich Subventionen vergeben, die ein Plakatierungsbudget in der Preisklasse der Gewista zuließen.

Warum stellen die Maßnahmen der Kultur Plakat GmbH aus eurer Sicht keine Lösung dar?

TJ: Weil die Kultur Plakat GmbH genauso funktioniert wie die Gewista. Erstens kann ich dort überhaupt erst ab einer Stückzahl von 200 Plakaten antreten. Zweitens, und das ist das Hauptproblem, kann ich mir nicht aussuchen, wo was klebt, sondern das wird flächendeckend über Wien verteilt. Das kann vielleicht für große Kulturveranstalter interessant sein. Wir vertreten aber die kleinen Veranstalter, die teilweise in regionalen Radien agieren. Bei den freien Plakatierern konnte man sich aussuchen, wo das Plakat hinkommt. Dieses individuelle und persönliche Service ist wesentlich adäquater für unsere Veranstalter. Da hat es zuerst Bedarf gegeben und dann haben sich Firmen gegründet, die diesen Bedarf abgedeckt haben. Das wird jetzt durch ein wesentlich unadäquateres Instrument zugedeckt, womit ein ganz bestimmter Kultursektor von der „Plakatoberfläche“ zu verschwinden droht.

PF: Und mit der Kultur Plakat GmbH-Gründung geht ja auch eine Art Gleichschaltung einher, denn du kannst auf diesen Flächen nur bestimmte Formate plakatieren. Natürlich kann man alles umändern. Aber die Frage ist, ob man soll oder wollen soll? Ich will nämlich z.B. mit dem pink zebra theatre nicht. Da geht's auch um andere Formate, für die es keine Lösung gibt.

TJ: Ein weiterer Aspekt ist auch, dass die IGs für ein vielfältiges, kreatives Spektrum eintreten und grundsätzlich eine Normierung der Kunst und Kultur ablehnen. Kultur habe so auszusehen, habe so zu werben, habe diese Inhalte zu vermitteln – das ist ja eine Tendenz, die sich über das Plakat hinauszieht. Da ist so eine Art Wunsch einer Nivellierung da, der vielleicht im Sinne von Recht und Ordnung verständlich ist. Wo man sagt, das muss alles gleich aussehen und das

ist dann schön. Man möchte eine saubere Stadt. Das würde in der Konsequenz heißen, dass man mit der Politik einen ästhetischen Diskurs führen müsste, der eigentlich nicht in die Politik gehört. Denn wenn die Politik Ästhetiken vorgibt, dann beginnt es bedenklich zu werden, würde ich sagen.

Die IGs haben ja die Forderungen nach einer akzeptablen Wiener Lösung bereits mehrmals an die Politik gestellt. Stichwort: Runder Tisch

TJ: Der Punkt ist, dass die Kulturinitiativen, welche die IGs vertreten, schon ziemlich lange nicht mit der Situation zufrieden sind. Es ist ein Wunsch und eine Forderung, für diese Form der Kommunikation und Werbung eine wirkliche Lösung zu finden. Anscheinend werden jetzt auch Signale gesetzt, dass ein Gespräch begonnen werden könnte. Das wäre ein Schritt, denn bislang hat es immer nur Halblösungen in Form von stillem Einverständnis gegeben. Das war eine „Wiener Lösung“. Eigentlich sollte ein klarer Rechtsbereich geschaffen werden, um diese Formen der Kommunikation zu ermöglichen. Die Stadt Wien sollte etwas ermöglichen und nicht etwas verbieten.

PF: Und es ist so, wenn meine und andere Initiativen jetzt nur mehr diese eine Werbemöglichkeit haben und nicht mehr die auch für uns nicht zufriedenstellende „halblegale“, dann heißt das, dass wir ausgeschaltet sind. Wir können zwar unsere Sachen machen, können sie aber nur mehr über die elektronischen Medien kommunizieren, weil die greifbar sind und auch relativ günstig.

Apropos Einengung von Möglichkeiten zur Meinungsäußerung und zunehmende Regulierung. Die Anfrage der Wiener Grünen bezüglich Bereitstellung von freien Flächen in Wien konterte Michael Häupl damit, dass – salopp formuliert – Plakatieren out sei. Was sagt ihr denn dazu?

PF: Das stimmt natürlich nicht. Das ist ein boomender Markt! Die Gewista schafft mit der Kultur Plakat GmbH noch eine zusätzliche Firma, die diesen Markt bedient. Ganz im Gegenteil, das Plakat ist ein extrem nachgefragtes Medium.

TJ: Und Plakate sind graphisch gestaltet im besten Fall Kunstwerke. Die Plakate großer Rockveranstalter sind ja meist nicht künstlerisch ausgefeilt. Ich weiß, dass aber viele Kulturinitiativen mit sehr viel Anstrengung und Liebe und wirklich guten Leuten Plakate gestalten. Hier käme es zu einem kulturellen Verlust, wenn diese Form der Äußerung nicht mehr gemacht werden kann, weil sich die Veranstalter das nicht leisten werden.

PF: Es ist insgesamt eine Verarmung einer Szene und einer kulturellen Vielfalt, die einer Stadt wie Wien mehr als angemessen wäre. Es gibt so viele unterschiedliche Gruppierungen. Sie tragen bei zu einer lebenswerten Stadt. Und da muss man sich fragen, was ist das höherwertige Gut, die Sauberkeit? Das ist ein Begriff, den ich nicht so gern höre in Zusammenhang mit der Sicherheit, weil das für mich eine Nazi-Terminologie ist.

Die Sicherheit und die Sauberkeit zu erhalten ist ein „Basic Asset“ der Stadt Wien. In diesem Zusammenhang geht Michael Häupl in seiner Antwort auf eine Anfrage der Wiener FPÖ noch mal auf das Mediengesetz, speziell auf das sogenannte Verursacherprinzip ein. Dabei bedauert er, dass der Verursacher nach aktueller Rechtslage leider noch nicht zu ahnden sei.

PF: Wir können durchaus noch erleben, dass das Mediengesetz in diese Richtung, d. h. in Richtung Verursacherprinzip geändert wird. Zur Zeit ist aber noch geltendes Recht, dass nur wer den Tatbestand des verbotenen Plakatierens setzt, bestraft werden kann.

Die sogenannte Kunstpassage Karlsplatz wird ja auch unter dem Etikett „sicherer und sauberer“ verkauft. Nach Renate Brauner können damit Wiener Kultureinrichtungen ein ganz wichtiges Signal für die Kulturstadt Wien setzen. Und, die Einnahmen aus diesem Plakatgeschäft sind der Reinigung der Passage gewidmet.

TJ: Das ist so ähnlich wie Wände aufstellen für Sprayer. Das heißt zu versuchen etwas zu regulieren, das grundsätzlich einen anderen Lebensentwurf propagiert. Unter einer politischen Lösung stelle ich mir vor, dass man versucht mit den Tendenzen, die aus einem vitalen Lebensraum, welcher der urbane ist, umzugehen und darauf zu reagieren, anstatt eine Norm einzuführen, die grundsätzlich alles, was außerhalb dieser Norm liegt auszuschließen und dann im nächsten Schritt vielleicht noch zu kriminalisieren. Die Politik greift mit dem Säubern der Gehsteige einfach zu kurz. Sie sieht das Problem und versucht das Symptom zu bekämpfen, anstatt zu verstehen, wo das herkommt, um dort politische Maßnahmen zu setzen statt an der Oberfläche.

Peter, in diesem Zusammen möchte ich erwähnen, dass du Anfang März von der Kultur Plakat GmbH geklagt wurdest. Könnte man hier – um die Analyse von Thomas aufzugreifen – von einer Reaktion auf eine politische Symptombehandlung sprechen?

PF: Letztlich ist es so, wie es die Grünen in unserer Presseausendung dargestellt haben: Es ist sehr schade, dass man vor

Gericht klären muss, was politisch nicht möglich ist zu klären. Ich möchte gerichtlichen Entscheidungen nicht vorgreifen, aber mein Anwalt interpretiert, die Zeitdauer, die inzwischen seit der Abgabe unserer Gegenäußerung verstrichen ist, positiv. Es muss unserer Ansicht nach zu einer strukturellen Lösung kommen. Ich will da natürlich nicht dem runden Tisch vorgreifen und ich habe hier auch nicht das Allheilkonzept. Aber ich bin schlicht und einfach ein mündiger Bürger, der gesagt hat, jetzt reicht's.

Wenn du's polemisch formulierst: Wem nützt die neue Regelung? Wem nützt das Branding? Wem nützt die Kunstpassage Karlsplatz? Und alles, was danach folgt bis hin zu den U-Bahnen, wo die Waggons selbst als Werbeflächen voll genutzt werden? Es nützt nur den Kommerziellen und den Großen. Wien ist sowieso so ein totes Museum. Es sind große Kulturcluster, die ein Bild einer Stadt vermitteln, das nicht den Menschen entspricht, die hier leben. Wien wird Tourismuszone.

TJ: Ich weiß, dass der Tourismusverband durchaus auch zeitgenössischere Konzepte begrüßt. Und dazu gehören auch andere Werbeformen als saubere, lackierte U-Bahnen. Der Repräsentationscharakter einer Stadt läuft meiner Meinung nach ja über die Vielfalt der Ästhetiken, die ich wahrnehmen kann. Eigentlich ist die Form einer sauberen Repräsentation eine überholte. Und da ist die Frage, inwieweit die Politik gut beraten ist, ein historisches Konzept durchzuziehen und weiterhin den Ruf der Stadt Wien als Riesenmuseum weiterzuführen?

Noch etwas: Restriktionen kosten immer Geld. Es stellt sich die Frage, ob man sich nicht das Geld sparen und einen offenen Zugang an die Gäste der Stadt vermitteln sollte?

Freigabe von Flächen ist eine eurer zentralen Forderungen, wie könnten Lösungsansätze für Wien aussehen?

TJ: Auf jeden Fall hat es eine positive Runde in Salzburg gegeben und es wurde eine Lösung gefunden. Vielleicht kann die Salzburger Lösung für Wien so nicht funktionieren. Aber allein, dass man sich dort mit den Beteiligten zusammengesetzt hat, ist positiv und muss in Wien doch auch möglich sein. Vorneweg wage ich zu sagen, dass, wie auch immer eine Alternative aussehen wird, sie wird der Kultur Plakat GmbH sicher nichts wegnehmen. Denn was sie anbietet, ist für eine ganz bestimmte Klientel. Sollte ein runder Tisch – wie jetzt offenbar angedeutet wurde – nicht zustande kommen, wäre das ein sehr schlechtes Zeichen.

Da stellt sich dann automatisch die Frage: Will man das, was über dieses Klientel hinausgeht, grundsätzlich nicht

politik

haben? Will man diese Szene nicht haben? Das sind ja nicht Feinde der Stadt, sondern Leute, die ihre positiven Vorstellungen einer Stadt umzusetzen versuchen.

PF: Es schwappt eine Riesenwelle Neoliberalismus und Radikalkapitalismus über uns drüber. Dann soll man den Initiativen sagen: wir wollen euch nicht mehr hier. In der Folge werden diese Menschen dableiben oder sie werden gehen.

Aktuell gibt es in Wien ja gerade mal 26 freie Plakatplätze. Ihr habt immer gesagt, das Problem sind nicht die Wildplakate, sondern dass es zu wenig freie Flächen gibt.

PF: Es sind 150 A1-Plätze, die von der Gewista gratis zur Verfügung gestellt werden. Das ist nicht ausreichend. Wir wissen z. B. aus Bescheiden, dass die Gewista bereits 2004 die Elektroböcke als Werbeflächen genehmigt bekommen hat. Was für die einen gut ist, muss auch für die anderen recht sein. Nach meinem Empfinden handelt es sich um ca. 60.000 Flächen in den Bezirken 1. – 9. Das ist eine dem Bedarf entsprechende und adäquate Zahl. Da könnte man dann ein Modell entwickeln, welche Flächen frei für jeden zur Manifestation seines Willens sind und welche gewerblich genutzt werden.

TJ: Wie offen ein urbanes Geflecht ist, ist eine grundsätzlich politische Entscheidung. Solange die Stadtpolitik Freiräume offen lässt, regulieren sich Strukturen bis zu einem gewissen Maß selbst. Die Frage ist ja nicht Totalregulierung oder alles sich selbst zu überlassen, sondern wie reguliere ich in einem erträglichen Ausmaß. Denn wenn ich bestimmte Sektoren des Lebens illegalisiere, entsteht dort – so wie wenn ich überhaupt nicht reguliere – automatisch Faustrecht. Das will, so glaube ich, niemand.

Michael Häupl antwortete auf die Anfrage der Wiener Grünen, dass er selbstverständlich nicht der Meinung sei, dass politische Manifestationen in der Öffentlichkeit per se illegal seien. Das Affichieren von Plakaten unterliege allerdings rechtlichen Regelungen und in diesem Zusammenhang sei es völlig egal, was drauf stehe. Entweder es wird illegal aufgehängt oder nicht.

Hinweis: Die Petition für freie Plakatierung in Wien ist nach wie vor für Unterschriften offen: www.freieplakatierung.at

Weblinks:

www.freitheater.at

www.igkulturwien.net

www.verein-freiesplakat.at

PF: Die Aussage von Michael Häupl „Es kann net sein, dass in dieser Stadt jeder hinpickt, was er wüll und wo er's wüll“ zeigt natürlich schon eine gewisse Grundproblematik. Davon reden wir nicht. Wir reden davon, dass es jetzt hoch an der Zeit ist, strukturelle Lösungen zu finden. Es wird ja nicht auf Häuser plakatiert, sondern auf Flächen, die allgemeines Gut sind, öffentliches Eigentum. Und ich finde, man sollte sich auf jene Tradition beziehen, in der das freie Plakat hier eine lange Geschichte und breite Akzeptanz hat. Wien präsentiert sich eben anders. Wien ist eine Stadt, die diesen Ausdruck an Vielfalt offensichtlich will! Bevor das ganz kaputt gemacht und nur mehr den kommerziellen Playern überlassen wird. Wobei in den Geschäftsbedingungen der Kultur Plakat GmbH steht, dass in Zeiten politischer Wahlwerbung Aufträge abgelehnt werden können. Für mich ist das ein weiteres Instrument der Regulierung, um den Finger drauf zu halten auf Leute, die eine andere Meinung haben. Irgendwann führt das – polemisch gesprochen – soweit, dass du nicht mehr auf die Straße gehen kannst, weil im öffentlichen Raum eine bestimmte Kleiderverordnung herrscht. Der öffentliche Raum gehört uns allen.

TJ: Armin Thurnher schrieb 1983, dass die Stadt Wien nicht angeben sollte, welche Flächen benutzt werden dürfen, sondern welche z. B. aus Sicherheitsgründen nicht benutzt werden dürfen. Diese sind auszuweisen, und nicht umgekehrt, weil der öffentliche Raum grundsätzlich offen ist. Es kann nicht sein, dass die Stadt bestimmten Politikern oder Firmen gehört.

PF: Das politische Plakat einer kurzfristig angesetzten Demonstration sollte man nicht vergessen. Es muss Möglichkeiten geben solche Manifestation weiterhin zu machen.

TJ: Wenn ich grundsätzlich dafür bin, dass es Meinungsfreiheit geben soll, wie das vom Bürgermeister ja unterstrichen wird, dann muss ich natürlich auch gleichzeitig die Möglichkeit geben diese auszuüben. Ich kann nicht sagen, dass jeder sprechen darf, aber bitte nicht im öffentlichen Raum. Die Erfahrung hat ja leider oft genug gezeigt, dass sich durchaus richtige politische Statements dann in der Umsetzung aufweichen und letztlich keinerlei Manifestationsboden haben.